



Rentenversicherung: Kürzung der Bundeszuschüsse würde 2027 zu höherem Beitragssatz führen

Michael Fiedler

Die Deutsche Rentenversicherung warnt vor den Folgen geplanter Kürzungen bei den Bundeszuschüssen. Nach Einschätzung der Rentenversicherung würden geringere Bundesmittel bereits 2027 zu höheren Beiträgen für Beschäftigte und Arbeitgeber führen. Damit gewinnt die Debatte über die Finanzierung der Alterssicherung und sogenannte versicherungsfremde Leistungen erneut an Schärfe.

Rücklage wird schrittweise abgeschmolzen

Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung lag die Nachhaltigkeitsrücklage Ende 2025 bei 41,3 Milliarden Euro. Dies entsprach 1,38 Monatsausgaben. Bis Ende 2026 soll die Rücklage voraussichtlich auf rund eine Monatsausgabe sinken und im Jahr 2027 weitgehend zur Stabilisierung des Beitragssatzes eingesetzt werden. Dadurch könne der Beitragssatz zunächst bis Ende 2027 bei 18,6 Prozent stabil gehalten werden. Langfristig zeichnet sich jedoch bereits eine Anpassung ab. Um ein Absinken der Rücklage unter die gesetzliche Mindesthöhe von 0,3 Monatsausgaben zu verhindern, erwartet die Deutsche Rentenversicherung für 2028 einen Anstieg des Beitragssatzes auf 19,9 Prozent.

Streitpunkt Bundeszuschüsse

Besonders kritisch bewertet die Rentenversicherung die Eckwerte der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2027 und die Finanzplanung bis 2030. Dort ist vorgesehen, die Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung im

Jahr 2027 um vier Milliarden Euro zu reduzieren. Nach Auffassung der Deutschen Rentenversicherung steht dies im Widerspruch zu den Beschlüssen des Rentenpakets 2025. Mit diesem hatte sich der Gesetzgeber verpflichtet, die Stabilisierung des Rentenniveaus sowie die Finanzierung der sogenannten Mütterrente III aus Steuermitteln zu tragen. „Nicht beitragsgedeckte Leistungen sollten sachgerecht aus dem Steueraufkommen finanziert werden und nicht aus Beiträgen von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden“, erklärte Alexander Gunkel auf der Bundesvertreterversammlung.

Vier Milliarden Euro weniger würden Beiträge erhöhen

Nach Berechnungen der Rentenversicherung hätte die geplante Kürzung unmittelbare Auswirkungen auf die Beitragszahler. Demnach würde die Reduzierung der Bundesmittel um vier Milliarden Euro bereits im kommenden Jahr einen um 0,2 Prozentpunkte höheren Beitragssatz

erforderlich machen. Gunkel verweist dabei auf ein grundsätzliches Problem: Der Rentenversicherung seien in erheblichem Umfang gesamtgesellschaftliche Aufgaben übertragen worden, die nicht vollständig durch Bundesmittel ausgeglichen würden. Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung beträgt die Differenz zwischen nicht beitragsgedeckten Leistungen und den Bundeszuschüssen inzwischen rund 40 Milliarden Euro pro Jahr. Allein die Stabilisierung des Rentenniveaus verursacht im laufenden Jahr zusätzliche Kosten von rund 0,4 Milliarden Euro.

Reformen sollen weitere Vorsorgesäulen stärken

Neben der Finanzentwicklung ging Gunkel auch auf aktuelle Reformen im Bereich der Alterssicherung ein. Seit Januar 2026 gilt das Betriebsrentenstärkungsgesetz II, das die betriebliche Altersversorgung weiter stärken soll. Zudem wurde mit dem Altersvorsorgereformgesetz eine umfassende Reform der geförderten privaten Altersvorsorge auf den Weg gebracht. Ziel ist es, durch neue Produktkategorien sowie einen Abbau bürokratischer Vorgaben die Verbreitung privater Vorsorgeangebote zu erhöhen. Die Deutsche Rentenversicherung sieht darin wichtige Bausteine, um die Alterssicherung künftig breiter aufzustellen.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950270/Rentenversicherung-Kuerzung-der-Bundeszuschuesse-wuerde-2027-zu-hoehere-Beitragssatz-fuehren/>